

Wahlprüfsteine der BUND-Kreisgruppe Kiel zur Kommunalwahl am 6. Mai 2018

In Zukunft werden weiche Standortfaktoren wie Kultur, Bildung, Freizeitangebote, aber auch Klima- und Umweltaspekte Expert*innen zufolge aufgrund der zunehmenden Digitalisierung eine immer wichtigere Rolle bei der Wahl des Wohnortes spielen.

(1) Welches sind die drei wichtigsten Punkte, mit denen die CDU die Lebensqualität in Kiel steigern will?

Leben in einer sauberen Umgebung: die Menschen müssen die Möglichkeit haben, unbelastet in Kiel zu leben. Luft, Lebensmittel und Trinkwasser müssen rein sein. Wir setzen uns für wohnortnahe Grünbereiche mit Naherholungswert ein und für moderne, umweltschonende Mobilität.

Das Thema Luftqualität in Kiel hat in den letzten Monaten die Nachrichten beherrscht. Eng verbunden mit der in Kiel v. a. verkehrsbedingten Stickoxid- und Feinstaubbelastung ist auch Lärm. Zusätzlich erleben viele Kieler*innen eine deutliche Verkehrsverschlechterung mit verlängerten Standzeiten.

(2a) Bitte nennen Sie, aufgegliedert nach kurzfristig und langfristig, jeweils 3 vorrangige Maßnahmen eines Mobilitätskonzeptes der CDU für Kiel.

Anmerkung vorweg: die Daten des Umweltamtes der Landeshauptstadt Kiel zeigen, daß Kiel gerade kein Feinstaubproblem hat, sondern an zwei Stellen ein Stickoxidproblem durch dauerhafte Überschreitung des Grenzwertes.

Kurzfristig: bestmögliche Taktung sowie attraktive Fahrkartenmodelle für Busse und Förderschiffe, Ausbau der Velorouten und Instandhaltung der sonstigen Radwege, Prüfung technischer Möglichkeiten (z.B. Filter) für Problemzonen (z.B. Theodor-Heuss-Ring), Ausbau des Netzes an Ladestationen für E-Mobilität in allen Stadtteilen nebst Schaffung der entsprechenden Netzinfrastruktur, Ansiedlung einer Wasserstofftankstelle. Landstrom und Liquid Gas im Hafen.

Langfristig: Nutzung der Brennstoffzellentechnik für ÖPNV und Individualverkehr.

(2b) Wie steht die CDU zu einer Stadtbahn/Tram?

Die Idee einer Stadt-Regional-Bahn ist leider nachwievor völlig wirklichkeitsfremd. Eine Regionalbahn kann es wegen des Widerstandes in der Region (in den benachbarten Kreisen) nicht werden, eine Stadtbahn kann es z.B. wegen der Nichterreichbarkeit vieler Stadtteile (z.B. Unüberwindbarkeit der Holtenauer Hochbrücke wegen der Brückenstatik) und massiver Eingriffe in gewachsene Stadtteile (siehe Holtenauer Straße) nicht werden. Darüber hinaus gab es kein Konzept für eine Finanzierung insbesondere der laufenden Kosten. An diesen Rahmenbedingungen hat sich nichts geändert. Der Rückbau der alten Straßenbahn stellt einen nicht reversiblen Fehler dar. Teilweise sind ehemalige Gleistrassen mittlerweile auch Velorouten geworden. Wir setzen uns aber für die Reaktivierung von Stadtteilbahnhöfen und für die Strecke Hein Schönberg ein.

(2c) Wie stellt sich die CDU die Parkraumbewirtschaftung im Stadtgebiet vor?

Es wird auf absehbare Zeit immer Menschen geben, die auf einen PKW angewiesen sind. Daher muss es auch ausreichend Parkplätze zu akzeptablen Kosten geben. Dieses zu verweigern führt nicht zu einem umweltgerechteren Verkehr, sondern, im Gegenteil, zu längeren Fahrstrecken in Einkaufszentren am Stadtrand oder außerhalb der Stadt. Allerdings soll es Vorteile für Carsharing- oder Elektrofahrzeuge geben.

Die Landstromversorgung von Stena und Colorline ist beschlossen.

(3) Welche Maßnahmen wird die CDU fordern, um die Luftverschmutzung durch Kreuzfahrtschiffe zu begrenzen?

Es reicht nicht, eine Landstromversorgung technisch anzubieten. Es muß vielmehr durch Begleitentscheidungen ein überzeugender Anreiz gegeben werden, diese zu nutzen. Wir fordern daher eine Herabsetzung oder sogar eine Befreiung von der EEG-Umlage. Ein Zwang hingegen, der nicht europaweit einheitlich und verbindlich gilt, wäre nicht sinnvoll, weil der unter Beibehaltung des Problems der Emissionen nur zu einer räumlichen Verschiebung führt. Daneben streben wir an, dass in Kiel eine Flüssiggasbunkeranlage errichtet wird.

Leerstände prägen das Bild der Innenstadt. Der Citti-Park boomt hingegen. Ein Grund dafür ist die Vielzahl kostenloser Parkplätze. Diese bringen eine erhebliche Verkehrsbelastung der umgebenden Stadtteile mit sich. Auf Initiative des Jungen Rates hat die Ratsversammlung einstimmig den Prüfauftrag für eine „autofreie Innenstadt“ an die Verwaltung erteilt. Ziel einer autofreien Innenstadt ist es, die Aufenthaltsqualität deutlich zu steigern und so für Kund*innen wieder attraktiv zu werden.

(4a) Wie ist die Position der CDU zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch weitgehende Autofreiheit?

Es wird (siehe oben, 2c) auf absehbare Zeit immer Menschen geben, die auf einen PKW angewiesen sind, auch für die Einkäufe. Wir warten gerne die Prüfergebnisse unvoreingenommen ab. Es erscheint aber wahrscheinlich, daß eine „autofreie Innenstadt“ zu verändertem Einkaufsverhalten bei vielen Menschen führt. Folgen wären längere Fahrstrecken in Einkaufszentren am Stadtrand oder außerhalb der Stadt, zusätzlich fehlende Kunden für die Geschäfte im Zentrum.

Gerade die Innenstadt ist aus unserer Sicht von guter Erreichbarkeit abhängig. „Autofreizeit“ würde die Innenstadt verändern, wohl auch für einige Menschen angenehmer machen, aber zur weiteren Abwanderung/Aufgabe von Geschäften führen und die Attraktivität damit nicht steigern.

Anders wäre es auch, wenn wir in der Innenstadt mit Grenzwertüberschreitungen und täglichem Verkehrskollaps zu tun hätten. Davon sind wir aber (noch) entfernt. Hier muß abgewartet werden, wie sich die Schließung bisher wichtiger Verkehrswege (z.B. Holstenbrücke) auswirkt. Wir wollen allerdings die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV verbessern.

(4b) Wie stark müsste ein Bürgervotum dazu ausfallen, das Ihre Partei überzeugt?

Generell entscheidet in einer Demokratie die Mehrheit.

Kiel gehört seit dem letzten Jahr zu den wenigen Kommunen in Deutschland, die mit einem Masterplan 100% Klimaschutz verbindliche Klimaschutzziele bis 2050 und damit einhergehend Einsparungen im Energiebereich beschlossen haben. Viele Bauvorhaben wie z.B. neue Stadtteile oder der Anschluss der A21 sind hinsichtlich der Klimaziele allerdings problematisch, weil sie eine Zunahme des motorisierten Straßenverkehrs bedingen.

(5a) Wie will die CDU sicherstellen, dass zukünftige Ratsbeschlüsse nicht den Vorgaben des Masterplans zuwiderlaufen?

Wir werden die Vorgaben in Abwägungsprozessen als sehr gewichtig berücksichtigen.

(5b) Welche Maßnahmen (neben dem Bau des Küstenkraftwerks) sieht die CDU als prioritär an, um die gesteckten Ziele zu erreichen?

Optimierung der Mobilität und energetische Sanierung von Gebäuden

Für im Zuge von Bauvorhaben vernichtete Naturflächen, Bäume und Knicks ist gesetzlich vorgeschrieben, dass der Ausgleich möglichst bauortnah erfolgt. Aktuell (Ratsbeschluss Oktober 2017) liegt die Satzung für das Gewerbegebiet Boelckestraße Nord in Holtenau vor, wo artenreiches Grünland überplant wird. Der Ausgleich findet fast ausschließlich in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Plön sowie im Kreis Schleswig-Flensburg statt. Typischerweise werden sogar Baumersatzpflanzungen in der Praxis häufig aus dem Stadtgebiet „ausgelagert“.

(6a) Wird sich die CDU im kommenden Rat aktiv dafür einsetzen, den Prozentsatz an „ausgelagerter Ersatzmaßnahmen“ deutlich zu begrenzen?

Es gehört zu einer aufrichtigen, ehrlichen Politik, zu erkennen, daß wir in einer Stadt wie Kiel mit begrenzter Fläche zu einem anderen Umgang mit unserer Umgebung gezwungen sind als Flächenkreise. Die kreisfreie Stadt Kiel hat eine Fläche von 118,65 km², der Kreis Rendsburg-Eckernförde von 2.189,17 km², der Kreis Plön von 1.083,17 km². Wenn in den Flächenkreisen ein Ausgleich 1 km entfernt stattfindet, dann ist das dort noch bauortnah; hingegen liegt in Kiel 1 km von der Boelckestraße entfernt schon der Nachbarkreis Rendsburg-Eckernförde.

Die hier vorhandene Fläche muß verschiedenen Zwecken zur Verfügung stehen. Viele Menschen mögen Gewerbeflächen ablehnen, aber ohne die entsprechenden Steuereinnahmen könnten viele städtische Aufgaben nicht mehr erfüllt werden. Daher halten wir die Ausweisung von Eingriffsausgleichsflächen in Nachbarkreisen im Einzelfall nicht für problematisch.

(6b) Wird sich die CDU dafür einsetzen, dass das angekündigte Ausgleichsflächenkataster öffentlich zugänglich ist?

Das Kataster sollte im Rahmen des Informationszugangsgesetzes zugänglich sein.

Der Innere Grüngürtelring ist für weite Teile der Stadtbevölkerung bei zunehmender innerstädtischer Verdichtung durch die „Wachsende Stadt“ ein wichtiger Bereich zur Naherholung. Dieser Grüngürtel ist innerhalb der letzten Jahrzehnte immer weiter in der Fläche reduziert worden, z.B. durch das geplante Möbelzentrum auf dem Prüner Schlag, Ikea, B76.

(7a) Ist die CDU für den Erhalt des heute noch verbliebenen Inneren Grüngürtelrings in seiner Gesamtheit?

Wir streben den weitest möglichen Erhalt wohnortnahen Grüns an, stellen uns aber auch den Bedürfnissen einer wachsenden Stadt mit Wohnraumbedarf. Wir werden die Rückkaufoption für das Möbelkraftgelände nutzen, wenn es erneut nicht fristgemäß zum Baubeginn kommt, und die Fläche dann für Wohnungsbau nutzen.

(7b) Wie steht die CDU für den Fall abnehmender Kleingartennutzung zu einer Umwidmung der betroffenen Flächen zu allgemein zugänglichen Grünflächen oder auch Ausgleichsflächen?

Auch hier gilt, dass wir wohnortnahe, möglichst zusammenhängende Grünflächenverbundsysteme erhalten wollen. Im Rahmen dessen können auch nicht mehr benötigte Kleingärten für die genannten Zwecke herangezogen werden.

2017 hat die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von 30ha/Tag ab 2030 festgelegt. Kiel muss folglich

seinen Flächenverbrauch trotz „Wachsender Stadt“ eindämmen, z.B. durch Begrenzung der Bauvorhaben auf bereits versiegelte Flächen oder neue Entsiegelungsmaßnahmen. Für das innerstädtische (Sozial- und Temperatur-) Klima spielen unversiegelte Flächen eine erhebliche Rolle.

(8a) Wie steht die CDU zu der Forderung nach einer Obergrenze für Versiegelung, z.B. auf der Basis des Wohnbauflächenatlas 1.0?

In einem bereits verdichteten Raum wie Kiel muss stetig zwischen Umweltschutzaspekten und Bedarfen z.B. für Wohnraum abgewogen werden. Eine – behutsame – Nachverdichtung in einem bereits verdichteten Raum wie Kiel ist weniger schädlich als Neubau auf der „grünen Wiese“ im Umland.

(8b) Durch welche Maßnahmen will die CDU das ggf. erreichen?

Die Flächenversiegelung sollte regelmäßig seitens der Verwaltung berichtet werden. Der Umnutzung bereits versiegelter Flächen ist der Vorzug vor der Neuversiegelung von Flächen zu geben.

Das Thema Insektensterben ist in aller Munde. Immer mehr Kommunen in Deutschland (bisher über 100 Städte und Gemeinden) haben sich zu pestizidfreien Kommunen erklärt. Sie pflegen, wie auch Kiel, ihre Grünflächen komplett pestizidfrei oder zumindest ohne Glyphosat. Ergänzend wird dort auch Einfluss auf den Verkauf von Pestiziden an Privatleute für deren eigene Gärten genommen. In Kiel liegen Beschlüsse zur „Bienenfreundlichen Kommune“ und „Essbaren Stadt“ vor.

(9) Unterstützt die CDU eine mögliche Beschlussvorlage Kiel zur „Pestizidfreien Kommune“ zu erklären?

Generell ja, aber ohne Kenntnis des Wortlautes der Beschlussvorlage kann keine verbindliche Festlegung erfolgen. Wir setzen uns jedenfalls dafür ein, bestehende und entstehende Grünflächen als möglichst vielfältige Lebensdräume zu nutzen und haben auch grundsätzlich keine Bedenken, an geeigneter Stelle „Nachbarschaftsgärten“ zu ermöglichen.